

Juni 2012 / MEC

## **Integrationspolitische Ziele der Stadt Zürich 2012 - 2014**

### **Hintergründe und Beispiele**

#### **Beilage zur Medienkonferenz vom 15. Juni 2012**

Chancengleichheit erhöhen

Willkommenskultur pflegen

Herausforderungen angehen

Eigenverantwortung ermöglichen

Gutes Zusammenleben fördern

Aktive integrationspolitische Positionierung

Die durch den Stadtrat festgelegten strategischen Ziele für die Integrationsarbeit der laufenden Legislatur werden in diesem Arbeitspapier mit Hintergrundinformationen und Beispielen erläutert. Dabei werden sowohl Aktivitäten und Massnahmen berücksichtigt, die den sogenannten Regelstrukturen zugeordnet werden (Angebote und Dienstleistungen, die sich an die ganze Bevölkerung richten) als auch solche, die zur spezifischen Integrationsförderung zählen (im Hinblick auf die besonderen Bedürfnisse der ausländischen Bevölkerung konzipierte Angebote).

Je nach Zielsetzung stehen Hinweise auf wichtige laufende oder auf geplante Aktivitäten im Vordergrund. Diese werden teilweise ergänzt durch inhaltliche Überlegungen. Die konkreten Umsetzungen stehen in der Verantwortung der Departemente und Dienstabteilungen. Zur Koordination und Orientierung dienen einerseits interdepartementale Arbeits- und Begleitgruppen und andererseits eine durch die Integrationsförderung geführte verwaltungsinterne Übersicht. Die stadträtliche Integrationsdelegation nimmt einmal jährlich Kenntnis vom Stand der Umsetzung.

## 1 CHANCENGLEICHHEIT ERHÖHEN

**Alle Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Zürich sind gleichwertige Mitglieder der Gesellschaft. Sie profitieren gleichermaßen von den Angeboten und Dienstleistungen in der Stadt Zürich.**

- Kinder und Jugendliche, die in der Stadt Zürich aufwachsen, werden nach ihren individuellen Fähigkeiten gefördert und sollen eine Ausbildung abschliessen können.

Die Umsetzung dieses Ziels erfolgt insbesondere im Rahmen des Legislatorschwerpunkts **Frühförderung** (Elternarbeit, Bildungsorientierung in Krippen, Bewegungs- und Sprachförderung etc.), im Rahmen der **schulischen Strukturen** und Aktivitäten (Unterricht, Aufgabenhilfe, Betreuung etc.) sowie im Rahmen der durch die Stadt speziell geförderten Massnahmen **«kein Abschluss ohne Anschluss»** (Brückenangebote, Motivationssemester etc.).

Direkt auf die ausländische Bevölkerung ausgerichtet sind die durch die Fachschule Viventa (SSD) realisierten **Integrationskurse für «spät zugezogene» Jugendliche und junge Erwachsene**. Dieses Berufsvorbereitungsjahr ermöglicht erst nach der obligatorischen Schulpflicht in die Schweiz Gezogenen den Einstieg in eine anerkannte Ausbildung.

- Die Stadt Zürich gestaltet ihre Dienstleistungen und Angebote so, dass sie alle Bevölkerungskreise erreichen. Wichtige Informationen sollen leicht verständlich und in mehreren Sprachen zur Verfügung stehen.

Jede Verwaltungstätigkeit ist auf die sich laufend verändernde Bevölkerung ausgerichtet. Sie muss deshalb regelmässig überprüft und je nach dem angepasst werden. In diesem Zusammenhang können sich **schriftliche oder interkulturelle Übersetzungen** als wichtig oder gar notwendig erweisen. Denn es ist beispielsweise für eine Mütter- und Väterberatung nicht zweckmässig, von fremdsprachigen Eltern vorerst bessere Deutschkenntnisse einzufordern.

Beispiele im Hinblick auf die Umsetzung dieser (nicht nur integrationspolitischen) Zielsetzung sind der Schwerpunkt **«Willkommenskultur»** im Präsidialdepartement (Mitarbeitende mit Kundenkontakt, Überprüfung von Formularen und Schreiben etc.) oder verschiedene **Massnahmen im Gesundheits- und Umweltdartement** (Personalrekrutierung, Beizug professioneller Übersetzung, Wohn- und Pflegeangebote für Menschen aus dem Mittelmeerraum etc.).

- Die Stadt Zürich engagiert sich gegen Diskriminierung und für den Abbau von Strukturen, die für die Integration hinderlich sind.

Im Rahmen ihrer Mitgliedschaft in der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus und Diskriminierung bereitet die Stadt Zürich zur Zeit den zweiten städtischen **«Rassismusbericht»** vor. Dieser wird über die Umsetzung der im ersten Bericht vorgeschlagenen Massnahmen informieren (bessere Koordination der Anlauf- und Beratungsstellen, runder Tisch Polizei, etc.) sowie thematisch auf konkrete Beispiele und Möglichkeiten fokussieren, wie staatliches Handeln möglichst diskriminierungsfrei gestaltet werden kann.

Verstärkt werden soll zudem - gemeinsam mit dem Kanton - die ausländerrechtliche Beratung.

## 2 EIGENVERANTWORTUNG ERMÖGLICHEN

**Alle Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Zürich beteiligen sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten eigenverantwortlich am wirtschaftlichen und sozialen Alltag. Die Organisationen der Zivilgesellschaft tragen zum Gemeindeleben in der Stadt Zürich bei.**

- Die Stadt Zürich fördert die sprachlichen, sozialen und alltagsmathematischen Fähigkeiten, die ihre erwachsene Bevölkerung im Alltag und bei der Arbeit benötigt.

Wichtige städtische Strukturen zur Erreichung dieser Zielsetzung sind die auf die **Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt** ausgerichteten Projekte und Einrichtungen des Sozialdepartements und der AOZ, die (individuelle) Anwendung der in der Sozialhilfe gegebenen Möglichkeiten zur **Einforderung von Integrationsleistungen** sowie das durch drei Departemente umgesetzte städtische **Sprachförderkonzept**, welches das Deutschkursangebot des freien Marktes zweckmässig und bedarfsgerecht ergänzt.

Im Laufe der laufenden Legislatur geht es unter anderem darum, innerhalb der bestehenden Angebote vermehrt auch **alltagsrelevante Grundkompetenzen** zu fördern sowie die Anbietenden von Deutschkursen in ihrer Zusammenarbeit und in ihrem Marketing zu stärken. Dazu wird beispielsweise die Deutschkursberatung ausgebaut sowie Ende August 2012 eine **Plakataktion** realisiert, die den Semesterstart der quartierbezogenen Einstiegskurse unterstützt.

- Die sozialen Netzwerke in der Stadt Zürich sind besser bekannt. Die Stadt Zürich nutzt diese und baut ihre (integrationspolitische) Zusammenarbeit mit Unternehmen aus.

Die Bevölkerung der Stadt ist heute weniger stark über Vereine organisiert als früher, viele «Netzwerke» innerhalb der Zivilgesellschaft sind kaum mehr an ein Quartier oder eine Gemeinde gebunden. Die Ergebnisse einer im Rahmen des Legislatorschwerpunkts «Stadt und Quartiere gemeinsam gestalten» erstellten **qualitativen Studie über die konkrete Nutzung sozialer Netzwerke** werden die Stadt dabei unterstützen, ihre Zusammenarbeit mit den Organisationen der Zivilgesellschaft zu überprüfen und weiter auszubauen.

Im Rahmen verschiedener Pilotprojekte wird 2012 - 2014 die **integrationspolitische Zusammenarbeit der Stadt Zürich mit Arbeitgebenden** bzw. mit Verbänden oder Arbeitgeberorganisationen verstärkt. Vorgesehen sind unter anderem speziell konzipierte Unterlagen, die die **Sprachförderung innerhalb eines Betriebs** unterstützen sowie der verstärkte Einbezug von durch MigrantInnen geführten Betrieben («**ethnic entrepreneurship**») in die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit. Konkret wird beispielsweise geprüft, welche entsprechenden Möglichkeiten sich durch die Zusammenarbeit mit von Dominikanerinnen geführten Geschäfte bieten.

### 3 WILLKOMMENSKULTUR PFLEGEN

**Alle Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Zürich werden auf Basis der geltenden Rechtsordnung in ihrer persönlichen Lebensweise respektiert. Zürich wird als weltoffene Stadt wahrgenommen, in der liberale und solidarische Werte hoch gehalten werden.**

- Die Stadt Zürich begrüsst Personen, die neu herziehen, informiert sie in einer für sie verständlichen Sprache über die wichtigsten Integrationsangebote und gibt ihnen das für sie nützliche Orientierungswissen weiter.

Die durch die Kreisbüros bei der Anmeldung an **Neuzuziehende** abgegebenen Unterlagen werden auf eine neue konzeptuelle Grundlage gestellt. Überprüft wird, welche Informationen in welcher Form zusammengestellt werden und welche Botschaften die Stadt dabei vermittelt.

Das durch den Stadtrat im Frühling 2012 beschlossene **Konzept für die Erstinformation an zuziehende AusländerInnen** wird umgesetzt. Es beruht einerseits aus flächendeckenden «Basisangeboten» (Abgabe von mehrsprachigen Informationen bei der Anmeldung, Begrüssungsveranstaltungen, Beratung am Welcome Desk, Deutschkursdatenbank, Sprachfenster auf dem Internet) und andererseits auf einem bis 2015 befristeten Pilotprojekt, in dem Integrationskurse und Informationsveranstaltungen in verschiedenen Sprachen realisiert werden.

- Die Stadt Zürich informiert die Öffentlichkeit über die geltenden Grundrechte und über die Regeln des Alltags, die der Bevölkerung wichtig sind.

Integrationspolitik bezieht sich auf die **faktisch anwesende Bevölkerung**. Die durch die Bundesverfassung gegebenen Grundsätze und Freiheitswerte sowie die für alle gleichermassen geltenden Gesetze sind zentrale integrationspolitische Orientierungspunkte. Sie sind in der Regel bedeutsamer als ausländerrechtliche Fragestellungen (wer darf und soll unter welchen Bedingungen in die Schweiz ziehen können bzw. diese wieder verlassen müssen?).

Darüber hinaus spielen im konkreten Alltag auch eine Vielzahl von **«ungeschriebenen» Regeln** eine Rolle. Im Laufe der Legislatur werden durch die Stadt Zürich vermehrt Gespräche mit und zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen ermöglicht, die eine Auseinandersetzung über «erwartete» Verhaltensweisen bzw. Anpassungsleitungen beinhalten.

- Die Stadt Zürich setzt sich dafür ein, dass die in der Stadt gelebten kulturellen und religiösen Traditionen sichtbar sein können und Wertschätzung erfahren.

Angehörige von (kulturellen, religiösen, sozialen, etc.) Minderheiten sind einem erhöhten Risiko ausgesetzt, mit pauschalisierenden und durch Medienberichte verstärkten «Urteilen» konfrontiert zu werden. Die damit verbundenen **Ausgrenzungserfahrungen** hemmen und verzögern die Integration, welche Respekt und Akzeptanz voraussetzt.

Für die Stadt Zürich sind alle Einwohnerinnen und Einwohner unabhängig ihrer verschiedenen Zugehörigkeiten in erster Linie **Zürcherinnen und Zürcher**. Sie vermittelt dies im Sinne einer Grundbotschaft bei sich bietenden Gelegenheiten sowohl gegenüber der Öffentlichkeit als auch in regelmässigen direkten Kontakten mit Vereinen, Gemeinschaften etc.

## 4 GUTES ZUSAMMENLEBEN FÖRDERN

**Alle Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Zürich sind Teil der Stadtgesellschaft. Sie kennen und respektieren Menschen in unterschiedlichen Lebenssituationen.**

- Die Stadt Zürich fördert Aktivitäten, bei denen das Potenzial der Bevölkerungsvielfalt genutzt wird und die zum gegenseitigen Verständnis oder gemeinsamem Tun beitragen.

Ob es in der Stadt Zürich «Parallelgesellschaften» gibt oder nicht, ist eine Frage der Begriffsdefinition. Denn einerseits finden sich hier kaum stark abgeschottete Gruppierungen, und andererseits sind sich zumindest teilweise abgrenzende Teilgesellschaften Realität jeder urbanen Gesellschaft. Diese **miteinander zu vernetzen** und als Teil einer gemeinsamen städtischen Identität zu verstehen, ist eine - nicht nur integrationspolitische - Aufgabe, die in dieser Legislatur verstärkt angegangen werden soll.

Diesbezüglich von grosser Bedeutung ist die **Soziokultur**. Sie wird durch das Sozialdepartement der Stadt Zürich 2012 auf eine neue konzeptuelle Grundlage gestellt. Die Leistungen der verschiedenen Akteure (Gemeinschaftszentren, Jugendarbeit, Quartierkoordinationen etc.) beziehen sich unter anderem auf Begegnungs- und Lernmöglichkeiten, auf die Unterstützung der Selbstorganisation oder auf die Informationsarbeit.

Mit dem **Integrationskredit** unterstützt die Stadt Zürich von Vereinen oder anderen Organisationen der Zivilgesellschaft realisierte Vorhaben, die einen Beitrag für das gute Zusammenleben leisten. Als besonders förderungswürdig werden vermehrt auch Projekte erachtet, die in Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure **gemeinsam geplant und umgesetzt** werden oder die darauf abzielen, bestehende Vereine oder Verbände im Hinblick auf eine «repräsentativere» Mitgliedschaft zu öffnen.

- Die Stadt Zürich unterstützt die verschiedenen Bevölkerungskreise an der Gestaltung der Stadt mitzuwirken.

Im Rahmen des Teilprojekts «**Nachbarschaften und Zivilgesellschaft**» der Legislatorschwerpunkte des Stadtrats wird insbesondere dem sozialen Wandel in Siedlungen und Quartieren grössere Aufmerksamkeit geschenkt. Weitere Handlungsfelder sind die Sichtbarmachung bzw. die Verstärkung der in der Stadt Zürich geleisteten **Freiwilligenarbeit** sowie die Förderung von altersgerechten Lebensräumen.

Das Engagement, die Ideen und die Unterstützung der Bevölkerung sind - über soziale, nationale, altersbezogene und andere Grenzen hinweg - für die **aktive Gestaltung der Zukunft** Zürichs unverzichtbar. In städtischen Planungsprozessen und Projekten sowie in der Kommunikation durch Departemente und Dienstabteilungen wird darauf geachtet, bisher erst **ungenügend erreichte Bevölkerungsgruppen** besser einzubinden und zu beteiligen.

## 5 HERAUSFORDERUNGEN ANGEHEN

**Die Stadt Zürich schaut hin, wenn es «nicht gut läuft», und reagiert frühzeitig sowie mit tragfähigen Lösungen auf bestehende oder sich abzeichnende Schwierigkeiten bei der Integration.**

- Die Stadt Zürich erkennt Integrationsprobleme, bezeichnet diese als solche und geht sie aktiv an.

Der Stadtrat tauscht sich einmal pro Jahr mit dem **Ausländerbeirat** über aktuelle Fragestellungen aus. Zudem diskutiert die Stadt akute oder sich abzeichnende Problemstellungen innerhalb verwaltungsinterner Gremien und Gefässe sowie im Rahmen des regelmässigen Austauschs mit den in Zürich aktiven Ausländerorganisationen und religiösen Gemeinschaften.

Während **Integrationsdefizite** von Einzelpersonen oder Familien in der Regel über ein koordiniertes und konsequentes Vorgehen der zuständigen Regelstrukturen im Schul- und Sozialbereich angegangen werden, wird bei sich abzeichnenden spezifischen Thematiken oft die aktive **Zusammenarbeit** gesucht. Beispiele dafür sind gemeinsame Aktivitäten oder Projekte mit portugiesischen Vereinen (z.B. Deutschkurse), mit den muslimischen Gemeinschaften (z.B. zur öffentlichen Wahrnehmung) oder mit Fachorganisationen (z.B. niederschwellige Gesundheitsversorgung im Rotlichtmilieu).

In der Stadt Zürich auftauchende **gesellschaftliche Probleme** werden in der Regel auch dann «thematisch» angegangen, wenn die ausländische Bevölkerung statistisch überdurchschnittlich betroffen ist. Die zuständigen Stellen benötigen dazu fachliche und sprachliche Kompetenzen sowie Hintergrundinformationen. Beiträge dazu liefern beispielsweise die in dieser Legislatur regelmässig durchgeführten internen Veranstaltungsreihen zu einzelnen Bevölkerungsgruppen (2010: Tamilinnen und Tamilen; 2011: Albanischsprachige; 2012: Somalis).

- Die Stadt Zürich begegnet Vorbehalten gegenüber der Migration und den städtischen Integrationszielen mit einem offenen und sachlichen Dialog.

Die Grundsätze der städtischen Integrationspolitik sowie die spezifisch für Ausländerinnen und Ausländer konzipierten Angebote werden **transparent kommuniziert**. Der Integrationsbericht des Stadtrats 2009, die regelmässigen Newsletter der Integrationsförderung, die Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen sowie die hiermit vorgelegten strategischen Zielsetzungen für die Jahre 2012 - 2014 bilden dazu wichtige Bausteine.

Im Laufe der Legislatur verstärkt gesucht werden soll das Gespräch mit gegenüber Ausländerfragen skeptischer eingestellten Bevölkerungskreisen sowie mit Personengruppen, die von den **gesellschaftlichen und sozialen Veränderungen** besonders betroffen sind. Damit gemeint sind beispielsweise SeniorInnen, die seit vielen Jahren im gleichen, aber nicht gleich gebliebenen Quartier wohnen.

## 6 AKTIVE INTEGRATIONSPOLITISCHE POSITIONIERUNG

**Die Stadt Zürich ist für ihre aktive, pragmatische und inhaltlich wegweisende fachliche Arbeit in Migrations- und Integrationsfragen bekannt.**

- Die Stadt Zürich leistet Grundlagenarbeit. Sie engagiert sich auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene für den Erfahrungsaustausch, die politische Weiterentwicklung und die Diskussion von Integrationsmassnahmen.

Da grössere Städte von Zuwanderungs- und Integrationsfragen stärker betroffen sind als andere Regionen, verfügen sie oft über langjährige Erfahrung und eine **pragmatisch und lösungsorientiert** ausgerichtete Praxis. Die Stadt Zürich entwickelt ihr Wissen im Rahmen von verschiedenen Austauschgefässen weiter und stellt durch Pionierprojekte oder durch Analysen gewonnene Erkenntnisse Interessierten zur Verfügung.

Die Stadt Zürich beteiligt sich aktiv am durch den Regierungsrat eingeleiteten Prozess zur Vorbereitung eines **kantonalen Integrationsprogramms**, welches ab 2014 Grundlage für die Mitfinanzierung der spezifischen Integrationsförderung durch den Bund bilden wird.

- Die Stadt Zürich beteiligt sich mit **Stellungnahmen an der Gesetzgebung und an der politischen Diskussion zu integrationspolitischen Themen, die sie betreffen. Sie fokussiert dabei auf die besondere Situation urbaner Regionen.**

Wie andere Europäische Städte auch ist Zürich damit konfrontiert, dass nationale und kantonale Integrationspolitiken Signale gegenüber der einheimischen Bevölkerung teilweise höher gewichten als wissenschaftliche Erkenntnisse oder vor Ort umsetzbare und zielführende Massnahmen. Deshalb engagiert sich die Stadt Zürich mit sachlichen und praxisbezogenen Argumentationen und konkreten Vorschlägen für **gute Rahmenbedingungen** und für eine konstruktive (und nur bedingt mit ausländerrechtlichen Fragen verbundene) Integrationspolitik.

- Die Stadt Zürich ermöglicht öffentliche Diskussionen über aktuelle Migrations- und Integrationsfragen. Sie führt jährlich eine Migrationskonferenz durch.

Die Migrationskonferenzen der Stadt Zürich griffen in den letzten Jahren Themen auf wie die neue Zuwanderung, die räumliche Repräsentanz von Religionen, die Reaktionen der einheimischen Bevölkerung auf die Zuwanderung oder die Debatte zu Integrationsforderungen im liberalen Rechtsstaat. 2012 wird es um die Frage gehen, wie das zukünftige «Zusammenleben in Vielfalt» möglichst gut gestaltet werden kann.

Ergänzend dazu realisiert die Stadt Zürich regelmässig Tagungen oder Fachbeiträge, die integrationspolitische Themen von verschiedenen Seiten beleuchten und zur Diskussion stellen.